

Besondere Vertragsbedingungen

INHALTSVERZEICHNIS DIESER BESONDEREN VERTRAGSBEDINGUNGEN

| | | |
|------|---|---|
| 1.1 | Präambel..... | 2 |
| 1.2 | Vertrag | 2 |
| 1.3 | Unterauftragnehmer | 2 |
| 1.4 | Verantwortungsbereich | 3 |
| 1.5 | Haftung / Selbstvornahme / Versicherung | 3 |
| 1.6 | Sicherheitsleistung | 4 |
| 1.7 | Änderung der Leistung..... | 5 |
| 1.8 | Kündigung aus wichtigem Grund..... | 5 |
| 1.9 | Vertragsstrafen / Ersatzvornahme | 7 |
| 1.10 | Preise und Preisanpassung..... | 8 |
| 1.11 | Abrechnung und Rückforderungen | 8 |
| 1.12 | Vertragsdauer | 9 |
| 1.13 | Abtretungsverbot / Aufrechnung | 9 |
| 1.14 | Schriftform..... | 9 |
| 1.15 | Salvatorische Klausel | 9 |
| 1.16 | Gerichtsstand | 9 |

1.1 PRÄAMBEL

Der Auftragnehmer hat im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Herstellung und Lieferung von 7,3 Mio Biomülltüten aus 100 % Recyclingpapier für den Landkreis Fürth, das dem Abschluss des Vertrages vorausgegangen ist, nachgewiesen, dass er über die notwendige Eignung für die Leistungserbringung, einschließlich der hierfür benötigten sachlichen und personellen Ressourcen verfügt. Er gewährleistet, die nachgewiesene Leistungsfähigkeit über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Für den Auftraggeber sind das Fortbestehen dieser Eignung und eine gewissenhafte, zuverlässige und fachgerechte Ausführung der Leistung von wesentlicher Bedeutung.

1.2 VERTRAG

Vertragsbestandteile sind das Auftragschreiben und das Angebot. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 2003 (BAnz. Nr. 178a) gelten ergänzend und nachrangig zu den Regelungen der Vertragsunterlagen. Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers haben keine Gültigkeit.

1.3 UNTERAUFTRAGNEHMER

- (1) Der Auftragnehmer kann zur Auftragsdurchführung nach Maßgabe der Vergabeunterlagen Unterauftragnehmer einsetzen. Mit Ausnahme der bei Angebotsabgabe angegebenen Unterauftragnehmerleistungen darf der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Verpflichtungen aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise auf Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist auch erforderlich bei einer Weitervergabe von unwesentlichen Teilleistungen oder von Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet sein sollte. Unterauftragnehmer, die bei der Angebotsabgabe nicht benannt wurden, können nur mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzt werden. Ebenso ist ein Wechsel bzw. Austausch der im Angebot benannten Unterauftragnehmer nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- (2) Der Auftraggeber erteilt die Zustimmung zum Einsatz von nicht zuvor im Vergabeverfahren benannten Unterauftragnehmern, wenn der neue, vom Bieter nach Zuschlagserteilung vorgeschlagene Unterauftragnehmer für die von ihm zu erbringenden Leistungen die gleiche Eignung aufweist, wie sie von den Bietern im Vergabeverfahren nachzuweisen war.
- (3) Soweit nach diesem Vertrag oder den Vergabeunterlagen Verpflichtungen des Auftragnehmers geregelt werden, gelten diese auch für die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer. Der Auftragnehmer hat dies durch vertragliche Regelung mit den Unterauftragnehmern sicherzustellen.
- (4) Der Auftragnehmer haftet - auch im Fall der Zustimmung durch den Auftraggeber - nach Maßgabe der Gesetze und dieses Vertrages für das Verhalten, die Leistung, Nichtleistung bzw. sonstige Leistungsstörungen und Pflichtverletzungen des Unterauftragnehmers.
- (5) Ein Unterauftragnehmer ist ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht berechtigt, Verpflichtungen aus seiner Beauftragung ganz oder teilweise an weitere Unterauftragnehmer („Unter-Unterauftragnehmer“) zu übertragen.
- (6) Erhält der Auftraggeber erst nach Zuschlagserteilung davon Kenntnis, dass beim Unterauftragnehmer Gründe vorliegen, die im Vergabeverfahren zum Ausschluss führen würden, kann der Auftraggeber die Ersetzung bzw. Auswechselung des Unterauftragnehmers auch noch nach Vertragsschluss verlangen.

- (7) Bei der Beauftragung von Teilleistungen an Unterauftragnehmer, der der Auftraggeber zugestimmt hat, hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass
- die Anforderungen an die Art und Weise der Leistungserbringung sowie alle sonstigen Vorgaben dieses Vertrages eingehalten werden;
 - bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge nach Gesichtspunkten des Wettbewerbsverfahren wird und dabei kleine und mittlere Unternehmen beteiligt werden. Die Vorgaben in § 97 Abs. 4 GWB sind entsprechend einzuhalten;
 - dem Unterauftragnehmer hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen keine ungünstigeren Bedingungen auferlegt werden, als zwischen dem Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbart sind. Eine einseitige Änderung des gebotenen Einheitspreises durch den Auftragnehmer jenseits der Anpassungsvorschriften nach diesem Vertrag ist dabei ausgeschlossen;
 - mit dem Unterauftragnehmer die VOL/B zum Vertragsgegenstand des Unterauftrages gemacht wird;
 - der Unterauftragnehmer davon in Kenntnis gesetzt wird, dass seine Leistung der Erfüllung eines öffentlichen Auftrages dient und dem Unterauftragnehmer auf Verlangen der Auftraggeber zu benennen.
- (8) Überträgt der Auftragnehmer ohne die nach diesem Vertrag erforderliche, schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer, kann der Auftraggeber ihm eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistungen im eigenen Betrieb setzen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann er den Vertrag gem. Nr. 1.8 kündigen.

1.4 VERANTWORTUNGSBEREICH

Der Auftragnehmer hat die vertraglich geschuldeten Leistungen in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko zu erbringen. Dabei hat er die anerkannten Regeln eines ordnungsgemäßen Betriebs- und Kraftverkehrs zu beachten und insbesondere stets für den einwandfreien, verkehrssicheren Zustand der Transportfahrzeuge und für Ordnung in der Betriebsführung zu sorgen. Der Auftragnehmer führt die ihm nach diesem Vertrag obliegenden Leistungen unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes seiner Beschäftigten und der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren und vermeidbaren Beeinträchtigungen durch Staub-, Geruchs- und Lärmimmissionen aus.

1.5 HAFTUNG / SELBSTVORNAHME / VERSICHERUNG

- (1) Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für alle Schäden des Auftraggebers, dessen Bediensteten oder Dritten, die er oder von ihm eingeschaltete Unterauftragnehmer bei der Leistungserbringung verursachen, es sei denn, er bzw. die Unterauftragnehmer haben diese nicht zu vertreten. Der Auftragnehmer haftet insoweit insbesondere für Verunreinigungen oder Beschädigungen an Bodenflächen, Gebäuden, Bepflanzungen oder sonstigen Einrichtungen, die durch sein Personal oder seine Fahrzeuge verursacht werden.
- (2) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber oder dessen Bedienstete von allen Ansprüchen frei, die Dritte wegen Schäden oder einer nicht vertragsmäßigen Leistungserbringung oder sonstigen Pflicht- oder Rechtsverletzung des Auftragnehmers oder seiner Unterauftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber geltend machen, es sei denn er hat diese nicht zu vertreten, soweit es auf ein Vertretenmüssen nach der entsprechenden gesetzlichen Norm ankommt.
- (3) Kommt der Auftragnehmer Leistungspflichten aus diesem Vertrag aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nach, kann der Auftraggeber ihm eine an-

gemessene Frist zur Erfüllung setzen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen auf Kosten des Auftragnehmers durch einen Dritten ausführen zu lassen. Einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer die Erfüllung ernsthaft und endgültig verweigert oder öffentliche Interessen keinen weiteren Aufschub zulassen. Die Durchführung einer Selbstvornahme lässt die Vertragspflichten des Auftragnehmers im Übrigen sowie weitere Rechte des Auftraggebers unberührt.

- (4) Der Auftragnehmer hat während der gesamten Vertragslaufzeit für einen ausreichenden Versicherungsschutz zu sorgen und den im Rahmen des Vergabeverfahrens nachgewiesenen Schutz mindestens in dem Umfange aufrecht zu erhalten. Mindestens gehört dazu eine Betriebshaftpflichtversicherung in ausreichender Höhe (mindestens 3.000.000,00 Mio. EUR Deckungssumme für Personen- und Sachschäden sowie über 500.000,00 EUR für Vermögensschäden oder 3.500.000,00 Mio. EUR pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden – bei jeweils 2-facher Maximierung pro Jahr). Die Haftpflichtversicherung hat bei Einsatz von Unterauftragnehmern auch Ansprüche aus dem Auswahlverschulden zu decken. Auf Aufforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer den Bestand der Versicherung nachzuweisen.
- (5) Der vertragliche oder gesetzliche Umfang der Haftung des Auftragnehmers wird durch dessen Haftpflichtversicherung weder eingeschränkt noch auf die Versicherungssumme beschränkt.
- (6) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass auch die Unterauftragnehmer über einen ausreichenden Versicherungsschutz nach den Vorgaben dieses Vertrags verfügen. Er stellt über entsprechende Vertragsgestaltung mit den Unterauftragnehmern sicher, dass die Unterauftragnehmer in entsprechendem Maße wie der Auftragnehmer für die Erfüllung des Vertrages haften und die vorgenannten Versicherungspflichten ebenfalls einhalten. Im Schadensfall tritt der Auftragnehmer auf Aufforderung des Auftraggebers die Ansprüche gegen Unterauftragnehmer an den Auftraggeber ab.

1.6 SICHERHEITSLEISTUNG

- (1) Der Auftragnehmer hat für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung durch Vorlage von Bürgschaften nach Maßgabe der folgenden Vorschriften und § 18 VOL/B Sicherheit zu leisten. Die Sicherheit hat sich auf sämtliche Ansprüche des Auftraggebers auf ordnungsgemäße Vertragserfüllung zu erstrecken, ferner auf Mängelrechte und alle sonstigen Ansprüche, jeweils einschließlich von Schadensersatzansprüchen die dem Auftraggeber aufgrund von Pflichtverletzungen des Auftragnehmers zustehen, sowie auf Ansprüche wegen Überzahlungen einschließlich Zinsen.
- (2) Die Sicherheit ist in einer Bürgschaftsurkunde zu leisten durch Übergabe einer unbedingten, unwiderruflichen, unbefristeten und selbstschuldnerischen Bürgschaft eines in der Europäischen Gemeinschaft oder in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum oder Mitglied des WTO Dienstleistungsübereinkommens (GATS) ist, zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers. Der Bürge muss auf die Einrede der Aufrechenbarkeit nach § 770 BGB verzichten. Jedoch darf sich der Bürge vorbehalten, die Einrede der Aufrechenbarkeit gemäß § 770 Absatz 2 BGB dann zu erheben, wenn eine fällige Gegenforderung des Auftragnehmers, durch die sich der Auftraggeber befriedigen kann, unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Das Recht zur Hinterlegung muss ausgeschlossen sein. Der Bürgschaftsvertrag muss deutschem Recht unterliegen. Als Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag ist der Sitz des Auftraggebers anzugeben.
- (3) Der Bürgschaftsbetrag der Urkunde muss sich auf einen Betrag von 5 % des Bruttoauftragswertes beziehen.

- (4) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Sicherheit bis spätestens 01.10.2026 zu übergeben. Leistet der Auftragnehmer die Sicherheit nicht fristgerecht, ist der Auftraggeber berechtigt, ab Vertragsbeginn bis zur Vorlage der Bürgschaft bei jedem Rechnungsbetrag einen Anteil von 5% einzubehalten (Zurückbehaltungsrecht), bis der Auftragnehmer die Erklärungen des Bürgen vorlegt.
- (5) Zum Ende des Vertrages gibt der Auftraggeber die Bürgschaftsurkunde an den Auftragnehmer zurück, wenn er die Sicherheitsleistung nicht in Anspruch nehmen musste.

1.7 ÄNDERUNG DER LEISTUNG

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Anforderung des Auftraggebers Mehrleistungen bis zu 20 v. H. der im Vertrag festgelegten Mengen zu den im Vertrag festgelegten Einheitspreisen zu erbringen. Zudem begründen Minderungen bis zu 10 v. H. der im Vertrag festgelegten Mengen keinen Anspruch auf Änderung der im Vertrag festgelegten Einheitspreise.
- (2) Der Auftraggeber kann Änderungen der Leistung nach Maßgabe der folgenden Abs. (3) bis (5) verlangen sofern diese Änderung keine wesentliche Auftragsänderung im Sinne von § 132 Abs. 1 GWB darstellt.
- (3) Es gilt § 2 VOL/B mit der Maßgabe, dass der Auftraggeber unter den dort genannten Voraussetzungen auch solche Leistungsänderungen verlangen kann, die sich nicht auf die Beschaffenheit der Leistung beziehen.
- (4) Werden durch vom Auftraggeber geforderte Leistungsänderungen die Grundlagen des Preises für die im Vertrag vorgesehene Leistung geändert, so ist ein neuer Preis unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten zu vereinbaren; diese Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen (§ 2 Nr. 3 VOL/B).
- (5) Können sich die Parteien auch nach intensiven Verhandlungen über einen Zeitraum von zwei Monaten nicht auf eine nach den vorstehenden Bestimmungen vorzunehmende Anpassung der Preise bzw. Vergütung einigen, kann jede Partei zunächst den Versuch unternehmen, eine Klärung durch einen Schiedsgutachter herbeiführen zu lassen. Der Schiedsgutachter wird von beiden Parteien einvernehmlich bestimmt und je zur Hälfte vergütet, wobei sich die Vergütung nach einer entsprechenden Anwendung des RVG richten soll. Ein Leistungsverweigerungsrecht steht dem Auftragnehmer während solcher schwebenden Klärungen nicht zu. Sollte sich eine der Parteien außerstande sehen, den Einigungsvorschlag zu akzeptieren, steht den Parteien der Weg zu den gesetzlichen Gerichten offen.

1.8 KÜNDIGUNG AUS WICHTIGEM GRUND

- (1) Vor Ende der in der Nr. 1.12 definierten Vertragslaufzeit kann der Vertrag nur außerordentlich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze gekündigt werden.
- (2) Eine vorzeitige Beendigung bzw. Kündigung des Vertrages kommt nur nach Maßgabe von § 133 GWB, §§ 8 und 9 VOL/B, §§ 313 BGB sowie aus wichtigem Grund nach 314 BGB in Betracht.
- (3) Als wichtige Gründe für eine Kündigung werden nach dem Verständnis der Vertragspartner auch Umstände höherer Gewalt eingestuft, deren Einwirkung sich so gestaltet, dass dem kündigenden Vertragspartner unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertrages bis zur vereinbarten Beendigung nicht zugemutet werden kann.

- (4) Der Auftraggeber kann den Vertrag insbesondere in folgenden Fällen, welche nach dem Verständnis der Vertragspartner einen wichtigen Grund nach § 314 BGB darstellen, kündigen:
- a) Der Auftragnehmer hat dieselben Leistungspflichten aus diesem Vertrag auch nach zweimaliger Abmahnung nicht erfüllt oder innerhalb von 6 Monaten mindestens zweimal erneut gegen dieselben Leistungspflichten verstoßen.
 - b) Über das Vermögen des Auftragnehmers wurde die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgelehnt, über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder das Insolvenzverfahren mangels Masse eingestellt;
 - c) der Auftragnehmer hat ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer übertragen und trotz einer unter Androhung der Auftragsentziehung gesetzten Frist die Leistungen nicht wieder im eigenen Betrieb aufgenommen;
 - d) der Auftragnehmer hat nachweislich unzulässige wettbewerbsbeschränkende Absprachen getroffen hat, insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über
 - Preise
 - Gewinnaufschläge
 - Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten
 - Gewinnbeteiligung oder andere Angaben,
 - e) der Auftragnehmer hat Personen, die seitens des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile (vgl. §§ 331 ff. StGB) angeboten, versprochen oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.
 - f) Der Auftragnehmer bzw. seine Mitarbeiter und/oder Mitarbeiter der vom Auftragnehmer eingeschalteten Unterauftragnehmer sind Adressaten von bestands- bzw. rechtskräftigen Ordnungsverfügungen, Bußgeldbescheiden, Strafbefehlen und/oder Urteilen im Zusammenhang mit umweltrechtlichen Bestimmungen.
 - g) Der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter begehen gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten nachweislich strafbare Handlungen oder leisten dazu Beihilfe, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.
 - h) wenn sich die Rechtsgrundlagen der zu erbringenden Leistungen derart ändern, dass ein Fortsetzen des Vertrages dem Auftraggeber unzumutbar wäre und /oder eine entsprechende Anpassung eine unzulässige Vertragsänderung nach § 132 GWB darstellen würde.
- (5) Der Auftraggeber ist berechtigt, in den o.g. Fällen den Vertrag nach seinem Ermessen mit Wirkung zum Ende des folgenden Monats, längstens aber zum Ende des sechsten, auf den Zugang der Kündigung folgenden Monats, zu kündigen und die noch nicht erbrachten Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten durchführen zu lassen. Den hieraus entstehenden Schaden hat der Auftragnehmer zu ersetzen. Die bis zur Kündigung tatsächlich erbrachten Leistungen werden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen abgerechnet und bezahlt.
- (6) Soweit der wichtige Grund in einer Vertragsverletzung liegt, spricht der Auftraggeber vor der Kündigung gem. § 314 Abs. 2 BGB eine Abmahnung oder Fristsetzung aus.

- (7) Dem Auftraggeber ist jede Änderung der Rechtsform und/oder die Übertragung von mehr als 50% der Geschäftsanteile am Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen. Dem Auftraggeber steht ein Sonderkündigungsrecht mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende zu, wenn sich infolge der Änderungen Zweifel an der gewerberechtlichen Zulässigkeit oder am Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S. der §§ 123, 124 GWB nicht zuverlässig ausräumen lassen oder damit ein vergaberechtlich unzulässiger Auftragnehmerwechsel verbunden sein würde. Der Auftraggeber bestätigt den Erhalt entsprechender Informationen zu solchen Änderungen schriftlich innerhalb von 4 Wochen. Unterlässt es der Auftragnehmer, den Auftraggeber entsprechend zu informieren, so hat der Auftraggeber ohne Prüfung der Zulässigkeit oder des Vorliegens von Ausschlussgründen ab Kenntniserlangung bis zum Ablauf von 6 Monaten ein Sonderkündigungsrecht des Vertrags mit einer Frist von 6 Monaten.
- (8) Der Auftragnehmer kann den Vertrag aus wichtigem Grund nach § 314 BGB nach dem Verständnis der Partner insbesondere dann kündigen,
- a) wenn der Landkreis vertraglichen Verpflichtungen trotz zweimaliger Mahnungen, insbesondere der Bezahlung anstehender Rechnungen, nicht nachkommt, ohne dass ihm ein Leistungsverweigerungsrecht zusteht, und die Verletzung der Verpflichtung länger als zwei Monate andauert.
- (9) Alle Mahnungen haben schriftlich per Einschreiben zu erfolgen. Zwischen zwei Mahnungen muss ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen.
- (10) Die Kündigung ist gegenüber der anderen Vertragspartei durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zu erklären.

1.9 VERTRAGSSTRAFEN / ERSATZVORNAHME

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach den nachfolgenden Bestimmungen verpflichtet:
- (2) Legt der Auftragnehmer die Versicherungsnachweis/e (vgl. Ziff. 1.5) oder die geforderte Sicherheitsleistung (vgl. Ziff. 1.6) nicht vollständig zum jeweils vereinbarten Zeitpunkt vor, so ist der Auftraggeber jeweils berechtigt, dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von jeweils 100,00 EUR für jeden Tag der Verspätung aufzuerlegen, es sei denn, dass der Auftragnehmer nachweisen kann, dass er die Pflichtverletzung nicht zu verschulden hat.
- (3) Liefert der Auftragnehmer nicht fristgemäß aus, und wird dies auch nicht innerhalb von 8 Tagen nach einer weiteren Aufforderung durch den AG nachgeholt, so ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 250,00 € pro Tag für die nicht rechtzeitige Lieferung zu verlangen. Dies gilt nicht, wenn den AN kein Verschulden trifft.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Auftragnehmer im Falle einer jeden der nachfolgend aufgeführten Vertragspflichtverletzungen eine Vertragsstrafe in Höhe von 300,00 EUR je festgestelltem Vorgang der Vertragspflichtverletzung aufzuerlegen, es sei denn, der Auftragnehmer kann nachweisen, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat:
- Verletzung der Pflicht zur Duldung der Aufsicht und Kontrolle gem. Ziff. 1.3.4 der Leistungsbeschreibung
 - Verletzung der Pflicht zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden Versicherungsschutzes gem. Ziff. 1.5 und des Nachweises des Fortbestandes des Versicherungsschutzes auf Verlangen des Auftraggebers

- Beauftragung oder Wechsel von Unterauftragnehmern ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers oder trotz Untersagung (vgl. Ziff. 1.3)
- (5) Wird eine der in Abs. (4) genannten Vertragspflichtverletzungen trotz schriftlicher Aufforderung und angemessener Fristsetzung des Auftraggebers nicht fristgemäß beseitigt, ist der Auftraggeber berechtigt, dem Auftragnehmer ab Fristablauf für jeden weiteren Werktag, an dem die Pflichtverletzung fortbesteht, eine Vertragsstrafe in Höhe von zusätzlich 100,00 EUR je Vorfall bzw. je Tag aufzuerlegen, es sei denn, dass der Auftragnehmer nachweisen kann, dass diese nicht auf sein Verschulden zurückzuführen ist.
 - (6) Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe der ausschreibungsgegenständlichen Leistungen nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, ist der Auftraggeber berechtigt, dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 3 % des Nettoauftragswertes aufzuerlegen.
 - (7) Sämtliche Vertragsstrafen können unabhängig voneinander erhoben werden. Der Gesamtbetrag aller Vertragsstrafen aus diesem Vertrag ist pro Jahr der Laufzeit dieses Vertrags begrenzt auf 5 % der gesamten Nettoabrechnungssumme.
 - (8) Der Auftraggeber kann eine verwirkte Vertragsstrafe bis zum Ende des zweiten Monats, der dem Monat folgt, in dem der zu einer Vertragsstrafe führende Verstoß festgestellt werden konnte, geltend machen.
 - (9) Vertragsstrafenansprüche können gegen Vergütungsansprüche des Auftragnehmers aufgerechnet werden.
 - (10) Steht dem Auftraggeber aus demselben Grund neben dem Anspruch auf Vertragsstrafe ein Schadensersatzanspruch zu, wird die Vertragsstrafe auf den Schadensersatzanspruch angerechnet. Ein weitergehender Schadensersatzanspruch des Auftraggebers bleibt unberührt. Ebenfalls unberührt bleibt das Recht, fällige Leistungen, die vom Auftragnehmer schuldhaft auch nach angemessener Fristsetzung nicht erbracht werden, auf Kosten des Auftragnehmers durch Dritte erbringen zu lassen. Auch Ansprüche auf Ersatz von Ersatzvornahmekosten können gegen Vergütungsansprüche des Auftragnehmers aufgerechnet werden.

1.10 PREISE

- (1) Für die Berechnung der Vergütung sind allein die Einheitspreise maßgeblich. Darin sind sämtliche Leistungen, Nebenleistungen, Kosten und Nebenkosten enthalten, die zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung erforderlich sind. Dem Auftraggeber dürfen darüber hinaus keine weiteren Kosten entstehen. Der Auftragnehmer wurde im Rahmen des Vergabeverfahrens darauf hingewiesen, dass er sich über die Rahmenbedingungen zu informieren hat, die nach seiner Ansicht für eine eindeutige Preisermittlung relevant sind.

1.11 ABRECHNUNG UND RÜCKFORDERUNGEN

- (1) Die Abrechnungen durch den Auftragnehmer erfolgen nach den jeweils erbrachten Leistungen. Demnach erfolgt die Rechnungslegung der jeweils abgerufenen und gelieferten Teilmengen. Als Berechnungsgrundlage für die geleisteten Lieferungen gelten die vom Auftraggeber geprüften Lieferscheine, die von Mitarbeitern des Landkreises unterzeichnet sind.
- (2) Alle Rechnungen sind zweifach und die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Lieferscheine) einfach einzureichen. Der Mehrwertsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum jeweiligen Zeitpunkt der Leistungserbringung gültig ist.

- (3) Alle Zahlungen sind innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Rechnung beim Auftraggeber fällig. Die Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.
- (4) Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

1.12 VERTRAGSDAUER

- (1) Nach derzeitigen Prognosen wird der Abruf der ersten Teillieferung voraussichtlich ab 01.11.2026 erfolgen. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, vom voraussichtlichen Leistungsbeginn +/- 1 ½ Monate abzuweichen. Eine verbindliche Aussage kann hierzu frühestens ab August 2026 getroffen werden.
- (2) Der Vertrag läuft bis zum Abruf der letzten Teillieferung.

1.13 ABTRETUNGSVERBOT / AUFRECHNUNG

- (1) Abtretungen von Forderungen des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur Aufrechnung oder Geltendmachung von Leistungsverweigerungsrechten mit seinen Forderungen gegen den Auftraggeber nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind.

1.14 SCHRIFTFORM

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Für die Aufhebung der Formabrede ist ebenfalls die Schriftform erforderlich.
- (2) Mündliche Abreden sind nicht bindend. Bei Eilbedürftigkeit reicht zunächst eine mündliche Vereinbarung aus. Diese ist jedoch innerhalb einer Woche schriftlich zu bestätigen.

1.15 SALVATORISCHE KLAUSEL

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, diese Bestimmung durch eine wirksame und durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung möglichst nahekommt. Entsprechendes gilt für den Fall, dass dieser Vertrag eine Lücke enthalten sollte.

1.16 GERICHTSSTAND

- (1) Auf den Vertrag ist ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts anzuwenden.
- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des Vertrages und aus dem Vertrag selbst ist ausschließlich das für den Sitz des Auftraggebers zuständige Gericht.